



## Der ewige Schäuble

Der Finanzminister tritt ab – seine Austeritätspolitik bleibt. Seite 3

Foto: imago/Metodi Popov

## Die alarmierten Mieter

Berliner fürchten, dass ihre Wohnungen nach Sanierung deutlich teurer werden. Seite 9

## Der doppelte Erich

Im Kino startet die nächste Honecker-Komödie. Seite 13

Foto: DCM

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 11. Oktober 2017

72. Jahrgang/Nr. 237

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de



## STANDPUNKT

### Streiken, aber nicht zaghaft!

Hans-Gerd Öfninger fordert einen heißen Winter der Metaller

Kein »Business as usual« verspricht die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie zu werden. Angesichts voller Auftragsbücher ist die Zeit für eine offensivere Gangart der größten Industriewerkschaft überreif. Die Beschäftigten legen seit Jahren viel Flexibilität an den Tag, dafür fordern sie einen Ausgleich. Die Sehnsucht nach kürzerer Arbeitszeit und mehr Zeit für Erholung, Ehrenamt oder Weiterbildung, für Kinder oder pflegebedürftige Eltern ohne finanziellen Absturz ist verständlich. Niemand weiß, wann die Konjunktur einbricht und die weltweite Auto-Überproduktionskrise hierzulande wütet und den Verteilungskampf erschwert. In der Verhandlungsrunde wird entscheidend sein, ob der Druck ausreicht, damit die Unternehmer Lohnausgleich für befristete Arbeitszeitverkürzung zahlen. Dafür genügen kurze Warnstreiks nicht.

28 Jahre nach dem Mauerfall versteht keiner, warum Metaller in modernen ostdeutschen Betrieben Kollegen zweiter Klasse sind, die 38 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Die »35« im West-Tarifvertrag ist ein Produkt harter Kämpfe seit 1884. Ein Streik im Osten für die 35-Stunden-Woche wurde 2003 abgebrochen – er scheiterte auch an der Passivität im Westen und der Distanzierung von »Betriebsratsfürsten« westdeutscher Autokonzerne. Ab Januar bietet sich die Chance, fest an einem Strang zu ziehen. Streiks sollen wehtun. Es darf nicht sein, dass Bahnchaos oder Politikerreden bei Betriebsversammlungen die Produktion mehr bremsen als Arbeitskämpfe.

## UNTEN LINKS

Um eine Haltung zum grassierenden Separatismus einzunehmen, kann man das Phänomen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Unter fußballerischen Gesichtspunkten etwa wäre von derartigen Loslösungsbestrebungen dringend abzuraten. In der WM-Qualifikation hat von all den Nationalmannschaften, deren Spieler unter früheren Umständen gemeinsam im jugoslawischen Team angetreten wären, nur Serbien einen sicheren Startplatz ergattert, während Kosovo kläglich Gruppenletzter geworden ist. Es ist demzufolge äußerst unwahrscheinlich, dass Spanien ohne katalanische Spieler je wieder Europa- oder gar Weltmeister würde. Auf eine Auswahl Kataloniens trübe das umgekehrt ebenso zu. Da die britischen Teams schon heute separat antreten und dem Vernehmen nach längst auch eine bayrische Schatten-Elf besteht, wird an den tapferen Isländern auf lange Sicht nur noch eine höchstklassige Weltauswahl vorbeikommen. Mithin der FC Barcelona. mha

ISSN 0323-3375



## Eingesperrt in der Türkei

Prozess gegen die Deutsche Mesale Tolu beginnt / Hohe Haftstrafe angedroht



Der Zaun des Metris-Gefängnisses in Istanbul – symbolisch mit weiteren Schlössern verhängt

Foto: AFP/Ozan Kose

Berlin. Die deutsche Journalistin Mesale Tolu steht ab diesem Mittwoch in der Türkei vor Gericht. Der Prozess gegen Tolu und 17 weitere Angeklagte findet im Gefängnis Silivri westlich von Istanbul statt. Der Mitarbeiterin der Medienagentur ETHA und den anderen Beschuldigten drohen langjährige Haftstrafen wegen »Terrorpropaganda« und »Mitgliedschaft in einer Terrororganisation«. Die Bundesregierung hat sich nach eigenen Angaben für ihre Freilassung eingesetzt – bisher vergeblich.

Dies gilt ebenso für den Fall Peter Stuedtner. Der deutsche Menschenrechtler hatte ein

Seminar für türkische Menschenrechtsaktivisten geleitet und war dabei auf der Insel Büyükkada vor Istanbul am 5. Juli festgenommen worden. Auch ihm wird Terrorismusunterstützung vorgeworfen. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler (SPD), verlangte am Dienstag einen raschen und fairen Prozess für Stuedtner. Sie könne sich nichts anderes als Freisprüche für die inhaftierten Menschenrechtler vorstellen, sagt Kofler der Rostocker »Ostsee-Zeitung«.

Zwei Jahre nach dem verheerenden Anschlag in Ankara mit mehr als 100 Toten hat die Polizei eine Gedenkveranstaltung mit Trä-

nenngas aufgelöst. Wie AFP berichtet, vertrieben die Beamten am Dienstag etwa 150 Menschen, die zum Jahrestag der Bluttat am Anschlagsort der Toten gedenken wollten.

Nach den diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen seinem Land und den USA will der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den scheidenden US-Botschafter nicht für einen Abschiedsbesuch empfangen. Nachdem die Türkei einen Mitarbeiter des US-Konsulats in Istanbul vorige Woche wegen »Spionage« festgenommen hatte, sind die Beziehungen zwischen Ankara und Washington derzeit frostig. roe

Seiten 2 und 8

## Mehr Geld, mehr Freizeit

Metaller rüsten sich für anstehende Tarifverhandlungen / Ost-West-Unterschiede sollen beseitigt werden

**Sechs Prozent Lohnerhöhung und ein Anspruch auf befristete Wochenarbeitszeitverkürzung – das sind die Kernpunkte der IG-Metall-Empfehlung für die anstehende Tarifrunde.**

Hans-Gerd Öfninger, Frankfurt am Main

»Wir haben wahrlich keinen Grund zur Zurückhaltung«, sagte Gewerkschaftschef Jörg Hofmann in der Frankfurter IG-Metall-Zentrale und verwies auf »glänzende Geschäftsergebnisse« der Konzerne und eine Kapazitätsauslastung der Metall- und Elektroindustrie von rund 88 Prozent. Die 3,9 Millionen Beschäftigten der Branche hätten die Gewinne erwirtschaftet und müssten daran teilhaben. Weil in vielen Betrieben das Mantra »Vollzeit – Überstunden – Flexibilität – Leistungsdruck« gelte, sei es zudem höchste Zeit für »Arbeitszeiten, die zum Leben passen«, so der Metaller.

Nach dem Willen der IG Metall sollen alle Beschäftigten der Branche auf eigenen Wunsch ihre Wochenarbeitszeit für zwei Jahre auf 28 Stunden reduzieren können. Nach Ablauf der Frist sollen sie zur Vollzeit zurückkehren können. Vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen soll es einen finanziellen Ausgleich geben, damit die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Frage des Einkommens ist. Auch für Schichtarbeiter und Beschäftigte mit besonderer Belastung am Arbeitsplatz müsse es mehr Freizeitausgleich geben, so Hofmann. »Arbeit darf nicht krank machen. Gegen belastende Arbeitszeitmodelle hilft am besten die Arbeitszeitverkürzung.«

Dass viele Beschäftigte, vor allem Frauen, flexible Modelle wünschten und nicht in der Teilzeit festschleichen wollten, ist laut Hofmann auch das Fazit gewerkschaftsinterner Diskussionen und einer Befragung, an der sich über

680 000 Beschäftigte beteiligt hatten. Derzeit sind nur rund 20 Prozent der Metall- und Elektroberufstätigen Frauen. Ihre Qualifikation und Kompetenz könne die Branche durch bessere Vereinbarkeit besser nutzen.

Neben höheren Löhnen und individueller Arbeitszeitverkürzung strebt die IG Metall in den Tarifverträgen für Auszubildende und dual Studierende pro Prüfungstag einen freien Tag zur Prüfungsvorbereitung an. Zudem soll für die ostdeutsche Industrie die tarifliche Wochenarbeitszeit auf Westniveau gesenkt werden. »Viele empfinden es als sehr ungerecht, dass oftmals in ein und demselben Konzern im Westen die 35-Stunden-Woche und im Osten die 38-Stunden-Woche gilt und die Beschäftigten im Osten deutlich weniger verdienen«, so Hofmann. Die kommende Tarifbewegung müsse hier »einen Prozess definieren, wie wir diese Spaltung mittelfristig überwinden.«

Die bestehenden Tarifverträge laufen bis Ende 2017, bis dahin gilt auch die Friedenspflicht. Nun sind die zuständigen IG-Metall-Bezirke am Zuge. Sie sollen am 24. Oktober über die konkreten Forderungen und eine Kündigung der Tarifverträge beraten und ab Mitte November regional mit der Arbeitgeberseite verhandeln. Nach einer Kündigung der Verträge sind Warnstreiks ab Anfang Januar 2018 möglich.

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Ab 2018 geringfügig höhere Hartz-IV-Sätze

Untervermietung an Touristen möglich

Neues bei betrieblicher Altersvorsorge

## Ada Colau ruft zur Entspannung auf

Barcelonas Bürgermeisterin fordert Deeskalation von beiden Seiten

Barcelona. Die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, hat sich gegen eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Kataloniens ausgesprochen. Die Ergebnisse des Referendums vom 1. Oktober könnten »keine Grundlage dafür sein, die Unabhängigkeit zu proklamieren«, sagte Colau am Montagabend in Barcelona. Sie warnte vor einer Gefahr für den »sozialen Zusammenhalt«. Zugleich rief die Bürgermeisterin der katalanischen Hauptstadt den spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy dazu auf, nach Katalonien entsandte Polizeieinheiten wieder abzubauen. Auch dürfe Rajoy nicht die katalanischen Institutionen entmachten. »Was wir jetzt brauchen, sind Gesten der Entspannung von beiden Seiten«, sagte Colau. »Wir brauchen keine Eskalation, die niemandem etwas bringt.«

Im katalanischen Regionalparlament war für Dienstagabend eine Rede von Regionalpräsident Carles Puigdemont angekündigt. Bei Redaktionsschluss war offen, ob er die Unabhängigkeit Kataloniens verkünden würde. AFP/nd

Seite 7

## Erstmals adoptiert schwules Ehepaar ein Kind

Verband: Premiere nach Änderung des deutschen Eherechts

Berlin. Erstmals seit dem Inkrafttreten der Ehe für alle hat in Berlin ein schwules Paar sein Pflegekind adoptiert. Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg habe dem Antrag zugestimmt, teilte der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg am Dienstag mit. Nach dessen Angaben soll es auch deutschlandweit die erste gemeinschaftliche Adoption eines Kindes durch ein gleichgeschlechtliches Paar sein.

Am 1. Oktober war das Gesetz zur Ehe für alle wirksam geworden. Schwule und Lesben haben nun die gleichen Rechte wie hetero-Paare. Dazu gehört die Adoption von Kindern. Das Paar Michael und Kai Korok hatte laut Verband am 2. Oktober seine Eingetragene Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln lassen. Die Ehe-Urkunde reichten sie beim Familiengericht ein, das nun der gemeinsamen Adoption von Maximilian zustimmte. Das Kind lebt seit seiner Geburt als Pflegekind bei den Koroks. dpa/nd

## Nobelpreisträger für Iran-Abkommen

Auch EU stellt sich im Streit um Atomvereinbarung gegen Trump

New York. Die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) hat US-Präsident Donald Trump aufgefordert, das Atomabkommen mit Iran aufrechtzuerhalten. Es gebe keinerlei Hinweise darauf, dass Teheran die Vereinbarung nicht einhalte, sagte die ICAN-Vorsitzende Beatrice Fihn am Montag am Sitz der UNO in New York. Trump müsse »jeglichen neuen Konflikt vermeiden«. Auch die EU stellt sich im Streit um das Abkommen klar gegen den US-Präsidenten. »Wir haben ein Interesse und eine Verantwortung, eine Pflicht, das Atomabkommen mit Iran zu erhalten«, erklärte jetzt die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Das Abkommen habe »eine der schlimmsten Atomkrisen unserer Zeit beendet«. Donald Trump ist ein Gegner der Vereinbarung, die die fünf UN-Vetomächte, also auch die USA, und Deutschland 2015 mit Teheran getroffen haben. Bis Sonntag hat er Zeit, sich gegenüber dem US-Kongress zum Abkommen zu erklären. Agenturen/nd

Kommentar Seite 4